



# **Niederschrift**

## **Wirtschaftsausschuss**

19. Wahlperiode - 70. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 20. Oktober 2021, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	
Andreas Hein (CDU)	
Peer Knöfler (CDU)	i. V. von Klaus Jensen
Lukas Kilian (CDU)	
Dr. Heiner Dunckel (SPD)	i. V. von Thomas Hölck
Kerstin Metzner (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Kay Richert (FDP)	
Lars Harms (SSW)	i. V. von Christian Dirschauer

### **Weitere Abgeordnete**

Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Potenziale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen</b>	<b>4</b>
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3034	
<b>2.</b>	<b>Bericht der Landesregierung zum Zustand der Landesstraßen, sowie einer Einschätzung zur Sanierungsdauer und der zu erwartenden Mehrkosten</b>	<b>10</b>
	Antrag von Abg. Dirschauer (SSW) Umdruck 19/6336	
	hierzu: Umdruck 19/6335	
<b>3.</b>	<b>Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein</b>	<b>14</b>
	Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 19/1756	
<b>4.</b>	<b>Home-Office steuerlich berücksichtigen</b>	<b>15</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2327	
	<b>Mobiles Arbeiten gesetzlich regeln</b>	<b>15</b>
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2358	
<b>5.</b>	<b>Tragfähige Förderstrukturen für die Volkshochschulen schaffen - Weiterbildungsgesetz reformieren</b>	<b>16</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2460	
<b>6.</b>	<b>Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein</b>	<b>17</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3234	
<b>7.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Schleswig-Holstein</b>	<b>18</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3249	
<b>8.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>19</b>
	Antrag Abg. Kai Vogel (SPD) Vertrauliche Vorlage, Umdruck 19/6250	

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der Fassung der Einladung einstimmig gebilligt.

## 1. **Potenziale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3034](#)

(überwiesen am 21. Mai 2021 an den **Wirtschaftsausschuss**, Bildungsausschuss, Europaausschuss und Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/5986](#), [19/5989](#), [19/5999](#), [19/6001](#), [19/6017](#),  
[19/6018](#), [19/6053](#), [19/6082](#), [19/6087](#), [19/6088](#),  
[19/6097](#), [19/6098](#), [19/6107](#), [19/6110](#), [19/6114](#),  
[19/6117](#), [19/6118](#), [19/6120](#), [19/6121](#), [19/6126](#),  
[19/6133](#), [19/6151](#), [19/6483](#), [19/6201](#)

Gesprächspartnerin: Ostsee-Holstein-Tourismus e. V., Frau Katja Lauritzen

Der Vorsitzende erklärt einleitend, dass das heutige Fachgespräch auf Anregung des mitberatenden Europaausschusses stattfinde. Er informiert den Ausschuss darüber, dass Herr Hansen vom Infocenter Grenze Sønderjylland-Schleswig ebenfalls eingeladen worden sei, aber aus terminlichen Gründen heute nicht teilnehmen könne.

Frau Lauritzen, Geschäftsführerin des Ostsee Holstein Tourismus e. V. (OHT), weist auf eine Stellungnahme zu touristischen Aktivitäten während der Bauphase der Festen Fehmarnbeltquerung hin, die sie dem Wirtschaftsausschuss geschickt habe ([Umdruck 19/6079](#)). Dem liege ein Gutachten zugrunde, das vom OHT in Auftrag gegeben worden und nach wie vor aktuell sei hinsichtlich mit der Bauphase einhergehender Fragen nach Chancen und Gefahren. Sie begrüße es, wenn der Tourismus in diesem Zusammenhang Gegenstand intensiver Ausschussberatungen werde.

Frau Lauritzen trägt vor, dass sie vorbereitend zum heutigen Gespräch die INTERREG-Projekte aufgelistet habe, die der OHT in den letzten Jahren durchgeführt habe, bei denen es trotz unterschiedlicher Schwerpunkte immer auch Bezüge zu Potenzialen und Risiken der Festen Fehmarnbeltquerung gegeben habe ([Umdruck 19/6483](#)). Auch aktuell werde mit REACT 1.2

wieder ein INTERREG-Projekt durchgeführt. Der OHT habe bezüglich der Gründung einer gemeinsamen Tourismusregion Gutachten beauftragt, Analysen durchgeführt und Marktforschung betrieben. Es sei mit einem erheblichen Marketingaufwand verbunden, sollten Schleswig-Holstein und Dänemark von Gästen als eine Tourismusregion identifiziert werden. So habe jede Seite sich auf die jeweils eigenen Stärken fokussiert und versucht, diese gemeinsam im deutschen und im dänischen Markt darzustellen.

Insgesamt habe es auch bisher schon eine gute deutsch-dänische Zusammenarbeit gegeben. Aktuell gehe es dabei auch um neue Formen des Marketings unter Einbeziehung künstlicher Intelligenz. Zudem seien immer auch die Themenangebots- und Produktentwicklung, Leistungsträger und Stärken im Wettbewerb um dänische Gäste in den Blick zu nehmen.

Abg. Dr. Tietze streicht mit Blick auf [Umdruck 19/6483](#) heraus, dass mit rund 6,3 Millionen € eine große Summe auf die Bereiche Nachhaltigkeit und Naturtourismus über die Projekte „Nordeuropas bestes Ressorort“ und „REACT 1.2“ Abführungszeichen entfalle. Er bittet um Erläuterung, was in diesem Zusammenhang in der Region konkret gefördert worden sei.

Frau Lauritzen antwortet, es seien keine einzelnen Einrichtungen in der Region gefördert worden, sondern thematische Bezüge. Die Ostsee ziehe als Erlebnisraum „Entschleuniger“ an, Menschen, die in die Region kämen, um mit der Familie in der Natur Urlaub zu machen. Die Bandbreite der Themen reiche vom Angeln über das Radfahren bis hin zum Wandern.

Die Analysen, die vorgenommen worden seien, betrachteten beispielsweise auch die Bereiche Golf und Wassersport. Es sei versucht worden, in den jeweiligen Bereichen Angebote zu schaffen, die Nutzungsmöglichkeiten für die Gäste bei gleichzeitiger Schonung der Natur bereitstellten. Ziel sei es, die Leistungsträger und Anbieter in der Region dazu zu bringen, auf diese Felder zu setzen. Dies gelte immer auch grenzüberschreitend, gerade was Veranstaltungen, beispielsweise Radveranstaltungen betreffe.

Minister Dr. Buchholz bekräftigt, dass der OHT sich langfristig und intensiv mit den Chancen und Risiken der Festen Fehmarnbeltquerung für den Tourismus auseinandergesetzt habe. Beispielsweise sei auch thematisiert worden, dass selbst die Baustellenphase Chancen für Tourismus biete, da es Baustellentourismus gebe. Daneben sei nicht zu leugnen, dass sich durch Baustellenverkehre Risiken auf der Insel Fehmarn ergeben könnten. Das Tourismusministerium lege in allen Gesprächen Wert darauf, die Belastungen möglichst gering zu halten.

Die größtmögliche Entlastung biete es, dass der Baustellenverkehr per Schiff über den Fehmarnbelt von Dänemark aus betrieben werde.

Herkömmlicher Baustellenverkehr auf Fehmaranerseite komme hauptsächlich beim Portalbau und beim Ausbau der B 207 bis zur Fehmarnsundbrücke sowie im Zuge der Querung des Fehmarnsundes zustande. Diese Maßnahmen wirkten sich, so wie es bei allen verkehrlichen Maßnahmen sei, negativ insbesondere auf den Schienenpersonenverkehr aus, weil die Strecke ab einem gewissen Zeitpunkt gesperrt werden müsse. Der Minister nimmt auf das Verfahren um die B 207 Bezug, das mit dem Kläger Scandlines in einen Vergleich geführt worden sei, für den die Baustellenthematik aufgrund der Erreichbarkeit des Fährhafens Puttgarden eine herausragende Rolle bis gespielt habe.

Minister Dr. Buchholz betont, dass skandinavische Touristen zunehmend auch Ziele im Einzugsbereich der Fehmarnbeltquerung auf deutscher Seite besuchen könnten, anstatt dass es sich ausschließlich umgekehrt verhalte. Der OHT werde sich vermutlich an einer Belebung des Tourismus in diesem Sinne beteiligen, wozu bis 2029 auch noch Zeit bleibe.

Abschließend hebt der Tourismusminister hervor, dass er dem OHT und ebenso Akteuren wie dem Dialogforum dankbar für die Begleitung sei.

Abg. Vogel äußert die Erwartung, dass durch das Tunnelbauwerk am Fehmarnbelt in Zukunft die Tourismusregion eine Erweiterung nach Norden erfahren werde. Er erkundigt sich nach dem Ansatz für einen grenzübergreifenden Tourismus und danach, welche INTERREG-Projekte in dieser Hinsicht zukünftig geplant beziehungsweise in der Tourismusstrategie des Landes angedacht seien.

Frau Lauritzen betont, dass die weiteren Planungen des OHT nicht zuletzt an zeitliche Vorgaben durch die INTERREG-Projekte gebunden seien. Jedes Projekt könne maximal zwei bis drei Jahre laufen. Dann müsse ein neues beantragt werden. Ihr schwebte idealerweise eine Prozessplanung über neun Jahre vor, die versuchen müsse, die einzelnen Phasen einzugrenzen und zu bestimmen, welches INTERREG-Projekt an welcher Stelle am meisten Sinn ergebe. Stünde anfangs der Baustellentourismus in Kooperation mit dem Vorhabenträger im Vordergrund, wäre es zum Ende hin konsequentes Marketing, um Gäste aus Dänemark für einen Urlaub in der Region zu gewinnen. In jedem Fall werde sich nach Fertigstellung des

Tunnels der Radius der Menschen erhöhen, um schneller in die Region zu gelangen. Hier sehe sie ein besonderes Potenzial.

Frau Lauritzen verdeutlicht mit Bezug auf einen Hinweis des Abg. Vogel auf die Metropolregion Hamburg, dass sie eine Abgrenzung gegenüber den großen Metropolen für notwendig halte. Die Region Ostholstein fürchte, zwischen Hamburg und Kopenhagen unterzugehen. Gegenüber den Zielen von Geschwindigkeit und Vernetzung von Metropolen biete die „Region dazwischen“ andere Aspekte, die ebenfalls wichtig seien. Das jetzige Projekt beinhalte zum Beispiel eine Potenzialanalyse zum Thema Fernradweg Hamburg-Kopenhagen. Obwohl die Unterhaltung eines Radweges voraussetzungsvoll sei, wisse sie, dass ihre Kollegen in Dänemark Interesse an einem solchen Projekt hätten.

Frau Lauritzen fasst zusammen, für sie könne eine Strategie darin liegen, einen Planungszeitraum von neun Jahren aufzumachen und dafür adäquate Partner auf der dänischen Seite zu suchen. Sie zeige sich offen für eine Tourismusstrategie, sehe dabei allerdings auch die Grenzen von INTERREG, da INTERREG-Projekte stets innovative Ansätze und eine umständliche Partnersuche erforderten und sich erst ab einem gewissen Volumen lohnten, da ein großer administrativer Aufwand dahinterstehe. Eine thematisch orientierte oder zielgruppenspezifische Tourismusstrategie könnte sich, so Frau Lauritzen, in Bezug auf die INTERREG-Projekte zusätzlich eingrenzend auswirken und die Arbeit noch erschweren. Sie wünsche sich mehr Flexibilität im Rahmen einer Form von Prozessplanung.

Minister Dr. Buchholz erklärt, für INTERREG sei innerhalb der Landesregierung das Europa-ministerium zuständig. Der Austausch mit Dänemark am Fehmarnbelt bilde einen regionalen Aspekt gegenüber einer touristischen Gesamtstrategie des Landes. Er vermute hier ein großes Ausbaupotenzial, je weiter die Realisierung der Fehmarnbeltquerung voranschreite, da örtliche Unternehmen zunehmend den Markt in Dänemark für sich entdecken, ein Marketing dafür entwickeln und die unternehmerischen Chancen für sich nutzen würden. Dieser Prozess werde auch losgelöst von tourismuspolitischen Konzepten aufgrund der Eigeninitiative von Unternehmerinnen und Unternehmern anlaufen.

Frau Lauritzen merkt an, dass es sehr wohl interessant sei, Ansätze von INTERREG mit der Tourismusstrategie des Landes zu verknüpfen, wenn es zum Beispiel um Marketingbudgets bei der Tourismusagentur Schleswig-Holstein gehe. Eine Zusammenarbeit sei hinsichtlich der

Ausrichtung auf Dänemark und Schweden wünschenswert, möglicherweise auch als Kofinanzierung für INTERREG-Projekte.

Abg. Harms betont die Wichtigkeit der INTERREG-Projekte, die jedoch immer auf aktuelle Problemstellungen reagierten. Er wolle den Blick darauf lenken, wie die Entwicklung der „Region an sich“ von der Fehmarnbeltquerung profitieren könne. Eine wichtige Voraussetzung im Hinblick auf zukünftige dänische Gäste seien Dänischkenntnisse der Dienstleistenden. - Frau Lauritzen vermutet, dass Dänischkenntnisse auf deutscher Seite sich auch zukünftig kaum einstellen werden, an dieser Stelle jedoch häufig die Digitalisierung Abhilfe schaffen könne, damit sich dänische Gäste in Deutschland dennoch wohlfühlen könnten.

Abg. Knöfler merkt an, die Nachfrage nach Dänischunterricht sei seitens der Schülerschaft vor Ort auf deutscher Seite sehr groß, doch gebe es wenig Lehrkräfte, die Dänisch überhaupt unterrichten könnten. Lehrkräfte für den Dänischunterricht müssten möglichst auch auf dänischer Seite angeworben werden.

Eine Frage des Abg. Harms nach der Bedeutung der Fertigstellung der A 20 aus touristischer Sicht beantwortet Frau Lauritzen dahin gehend, dass der „Flaschenhals Hamburg“ für allen von Süden her kommenden Tourismus ein Problem darstelle und unabhängig davon, ob es sich um deutsche oder dänische Gäste handele, immer der Wunsch nach möglichst wenigen Baustellen und wenig Schienenersatzverkehr bestehe. - Minister Dr. Buchholz bekräftigt, dass er die A 20 als das für Schleswig-Holstein zentrale Infrastrukturprojekt ansehe.

Auf eine Frage des Abg. Vogel stellt der Minister fest, dass der weitere Ausbau der B 202 derzeit im Bundesverkehrswegeplan nicht vorgesehen sei und an der A1, Anschlussstelle Ahrensburg, im Jahr 2021 sowohl die östliche als auch die westliche Seite ausgebaut worden seien. Zudem sei ein Ausbau der Anschlussstelle Stapelfeld so schnell umgesetzt worden, dass die Kommunen mit der Ausweisung von Gewerbegebieten nicht nachgekommen seien.

Frau Lauritzen führt auf eine Frage des Abg. Harms hin aus, dass Hotelprojekten im Norden Schleswig-Holsteins in den einzelnen Orten im Rahmen des Möglichen, zum Beispiel bei der Erneuerung vorhandener Strukturen, nach wie vor eine große Investitionsbereitschaft entgegengebracht werde. Die Sensibilität, Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung zu nehmen, wirke an dieser Stelle heilsam.

Von Abg. Dr. Tietze auf das Thema Baustellentourismus und die Zusammenarbeit mit dänischen Tourismusunternehmen auf Falster angesprochen weist Frau Lauritzen auf eine Einflussanalyse der Insel Fehmarn hin, die besage, dass es im Zuge der Bauphase einen Rückgang der Übernachtungen um 10 % geben könnte. Bei Baustellenbesuchern handele es sich indessen um andere Gäste als beispielsweise bei Wohnmobilreisenden, nämlich um Personen mit einem Interesse an Bauwerken aus den Bereichen Ingenieurwesen, Architektur und Technik. Diese seien mit herkömmlichem Marketing nicht zu erreichen. In dem Gutachten, das der OHT beauftragt habe, würden in diesem Bereich 100.000 Gäste prognostiziert, eine Größenordnung, die nicht so sehr den Tourismus, wohl aber den Standort voranbringen werde, indem er weltweit mehr Aufmerksamkeit erhalte.

Abg. Vogel lenkt den Blick auf die Beschäftigten im Tourismusbereich und Beeinträchtigungen im Warenverkehr und ÖPNV während der Bauphase am Fehmarnbelt und wirft die Frage nach dem Risiko einer Fachkräfteabwanderung auf. - Frau Lauritzen antwortet, es handele sich um ein landesweites Problem. Im Tourismusbereich gebe es die Besonderheit, dass die Dienstleistung nicht wie in anderen Branchen aus der Ferne zu erbringen sei. Es sei notwendig, sich Lösungen angesichts des Wettbewerbs um Fachkräfte zu überlegen. Es bestehe einen Bedarf an überzeugenden Projekten, gerade um junge Leute an die Region zu binden. Ohne Personal und ohne Wohnraum komme es unweigerlich zu Problemen. - Abg. Knöfler unterstreicht, dass steigende Grundstücks- und Mietpreise die Kehrseite einer prosperierenden Wirtschaftssituation auf der Insel seien.

Auf eine Frage des Abg. Vogel antwortet Minister Dr. Buchholz, das Thema Grenzpendler falle in die Zuständigkeit des Europaministeriums. Das schnelle Grenzpendeln werde hoffentlich ab dem Jahr 2029 möglich und durch Programme zu begleiten sein. Er halte es für richtig, schon jetzt darüber nachzudenken, mögliche Sprachbarrieren abzubauen und werde diesen Hinweis mitnehmen.

**2. Bericht der Landesregierung zum Zustand der Landesstraßen, sowie einer Einschätzung zur Sanierungsdauer und der zu erwartenden Mehrkosten**

Antrag von Abg. Dirschauer (SSW)  
[Umdruck 19/6336](#)

hierzu: [Umdruck 19/6335](#)

Abg. Harms nimmt Bezug auf [Umdruck 19/6335](#), mit dem ein schriftlicher Bericht der Landesregierung vorliege. Er bittet die Landesregierung um Erläuterung der Aussage, die er dem Bericht entnommen habe, dass sich mehr Geld nicht in Baumaßnahmen umsetzen lasse, sowie um den aktuellen Sachstand zur Personalsituation, nachdem Personal an die Bundesebene abgegeben worden sei, und zur Neurekrutierung von Fachkräften für die einzelnen Standorte der Straßenbauverwaltung. Ihn interessiere, ob die Kapazitäten der Bauwirtschaft für die Umsetzung weiterer Maßnahmen ausreichen, gesetzt den Fall, dass genügend Geld und Personal vorhanden wären.

Der Verkehrsminister, Herr Dr. Buchholz, verweist auf den Bericht, der schriftlich vorliege ([Umdruck 19/6335](#)). Die Substanz der Landesstraßen habe sich in einem anderen Zustand als erwartet gezeigt. In der Vergangenheit sei entschieden das Landesstraßennetz in ein Netz 1 und ein Netz 2 zu unterteilen und bestimmte Teile nicht anzufassen. Auf diese Weise habe die Landesregierung es jetzt in vielen Bereichen mit extrem verfallener Substanz zu tun, sodass regelmäßig grundlegende Sanierungen erforderlich seien. Einige der Sanierungsmaßnahmen der Periode 2014 bis 2017 hätten nicht zum erwarteten Erfolg geführt. Sie hätten sich auf eine reine „Deckenkosmetik“ beschränkt. Hingegen würden nun bei allen Maßnahmen, im Verlauf derer festgestellt werde, dass die Tragschichten der Straßen nicht mehr trügen, diese in eine grundlegende Sanierung überführt. Das Vorgehen sei grundsätzlich richtig, führe jedoch zu Verzögerungen im Zeitplan und zu Mehrausgaben.

Die Landesregierung habe 2018 eine Strategie zur Entwicklung der Landesstraßen in Schleswig-Holstein 2019-2030 ([Drucksache 19/1034](#)) vorgelegt. Der Verkehrsminister räumt die eigenen Ambitionen zu Beginn der Legislaturperiode seien „sehr sportlich“ gewesen. Ihm sei damals gesagt worden, dass die eingestellten Mittel in Höhe von 90 Millionen € kaum zu verbauen sein würden, doch seien im letzten Jahr 115 Millionen € eingerechnet zusätzlicher Impulsmittel verbaut worden. Im Jahr 2021 seien hingegen mehrere limitierende Umstände zu konstatieren.

Erstens stelle sich die Personalsituation so dar, das Planungsbüros, auch aufgrund des angeordneten Homeoffices während der Coronapandemie, nicht in derselben Geschwindigkeit wie in der Vergangenheit Ergebnisse geliefert hätten.

Zweitens habe es einen Stellenaufwuchs beim Landesbetrieb Verkehr Schleswig-Holstein (LBV) gegeben, aber auch ein hohes Maß an personeller Fluktuation durch die Schaffung der Autobahngesellschaft und Renteneintritte von jährlich 50 bis 60 Personen, deren Arbeitskraft ersetzt werden müsse. Minister Dr. Buchholz führt aus, dass aktuell theoretisch 80 Personen beim LBV neu eingestellt und beschäftigt werden könnten, um planerische Leistungen zu erbringen, diese Stellen jedoch am derzeitigen Stellenmarkt nicht zu besetzen seien. Dies führe nicht dazu, das pekuniäre Ziele verfehlt würden - es würden auch in diesem Jahr rund 85 Millionen € in die Landesstraßen investiert -, allerdings gerieten Maßnahmen mit einem erhöhten planerischen Vorlauf in Verzug.

Einen dritten limitierenden Faktor bilde die Baustellensituation. Selbst wenn sich mehr planen ließe, könnten nicht noch mehr Baustellen eingerichtet werden, weil die Verkehre sonst zu kollabieren drohten, erklärt der Verkehrsminister.

Viertens spiele die Abstimmung mit den Kommunen eine immer größere Rolle, indem versucht werde, im Sinne der bestmöglichen Verwendung von Steuergeldern die Sanierung von Landesstraßen mit sonstigen vor Ort beispielsweise im Bereich der Kanalisation geplanten baulichen Maßnahmen zusammenzulegen.

Zusammengenommen hätten die limitierenden Faktoren mitunter zur Verschiebung von Maßnahmen geführt. Insgesamt habe der LBV in den letzten Jahren dennoch eine besonders hohe Anzahl von Projekten umgesetzt und eine große Sanierungsleistung vollbracht.

Wichtig sei ein konstanter Einsatz, damit sich der Zustand der Landesstraßen nicht verschlechtere. Es gelte an der Sanierungsgeschwindigkeit der Landesstraßen festzuhalten und die nötigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Er rechne damit, dass es drei bis vier Jahre länger dauern werde als bis 2030, wie es geplant gewesen sei, bis sich 75 % der Landesstraßen in einem guten bis sehr guten Ausbauzustand befinden könnten.

Abg. Metzner drückt Verwunderung darüber aus, dass einem Prognosebericht des LBV keine Tiefenanalyse vorangegangen und erst jetzt eine Zerstörung der Landesstraßen bis in die Tiefe hinein festgestellt worden sein sollte. Sie erkundigt sich außerdem nach den Auswirkungen der Umleitung von Schwerlasttransporten auf den Zustand der Landesstraßen.

Herr Paraknewitz vom LBV erklärt, dass sich die Umleitung von Schwerlasttransporten auswirke und der LBV dies einplane, indem der Schwerlastverkehr über ohnehin kaputte Fahrbahnen geleitet werde, die nach vollständiger Zerstörung saniert würden, statt ihn über bereits erneuerte Fahrbahnen fahren zu lassen.

Minister Dr. Buchholz erläutert am Beispiel des Ausbau A 21 / B 404, dass aufgrund der Umleitung des Schwerlastverkehrs Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Landesstraße im Hinblick auf die besondere Beanspruchung zurückgestellt worden seien. Nach erfolgtem Ausbau der B 404 lasse sich auch die Landesstraße sanieren und auf diese Weise kalkulieren.

Mit Verweis auf Seite 2 des Berichts, [Umdruck 19/6335](#), hebt Herr Minister Dr. Buchholz hervor, dass statt geplanter 14 % tiefergreifender Sanierungen tatsächlich 38 % tiefergreifender Sanierungen nötig würden, während gegenüber der ursprünglichen Erwartung nur die Hälfte der Maßnahmen als reine Deckenerneuerungen zu realisieren sei. Die Differenz hänge damit zusammen, dass sich der Zustand mancher nur von oben beurteilter Straßen anders dargestellt habe und sich die Sanierungstätigkeit in der Vergangenheit nicht grundlegend ausgewirkt habe, was der Bundesrechnungshof auch kritisiert habe.

Abg. Metzner fragt nach, ob die Mautflucht zur Zerstörung von Landesstraßen beigetragen habe. - Herr Paraknewitz antwortet, nur bei wenigen Straßen wiesendie Zahlen signifikant auf Auswirkungen einer Mautflucht hin. Eine deutlichere Rolle falle der Differenzierung zwischen Zuliefer- und Anlieferverkehr sowie landwirtschaftlichem Verkehr für Straßenschäden zu.

Abg. Vogel äußert, ihn interessiere, wie auf die Landesstraßen „von oben draufgeschaut“ worden sei beziehungsweise inwiefern tiefere Bohrungen Überraschungen in Zukunft vermeiden könnten. - Minister Dr. Buchholz betont, dass der Straßenbau technisch anspruchsvoll sei und Überraschungen zukünftig nicht ausgeschlossen werden könnten.

Herr Paraknewitz erklärt, die Schwierigkeit bei der Beurteilung des Zustands der Landesstraßen bis in tiefere Schichten hinein liege auch in der Buchhaltung der letzten 40 Jahre, die die Bauweise nicht immer vorbildlich dokumentiert habe. Er geht darauf ein, dass in der Regel ein bis zwei Jahre vor einer Baumaßnahme Bohrungen zum Zustand der Straßen durchgeführt würden. Sei der Zustand weiter nicht bekannt gewesen, sei in der Vergangenheit von einem Bedarf an tiefgreifenden Sanierungen von 14 % ausgegangen worden. Die jetzige Erfahrung zeige, dass der LBV in Zukunft früher und mehr bohren müssen. Überraschungen ließen sich dennoch nicht ausschließen, da Straßen in der Vergangenheit in drei Bauabschnitten gebaut worden seien, das Vorgehen jedoch nicht im Einzelnen dokumentiert sei.

Auf eine Frage der Abg. Metzner zu digitalen Möglichkeiten der Bestandserfassung antwortet Herr Paraknewitz, dass der LBV eine Straßeninformationsbank betreibe, in der die Straßenaufbauten dokumentiert seien. Diese sei bisher nicht öffentlich einsehbar. - Minister Buchholz benennt es als zukünftige Herausforderung, dieses System mit Geodaten zu verknüpfen. Dies sei bisher nicht in Planung, doch seien in diesem Bereich Fortschritte zu erwarten.

Abg. Vogel fragt, wie es gelingen könne, das benötigte zusätzlich Personal im planerischen Bereich des LBV anzuwerben und inwiefern die Autobahn GmbH des Bundes besser bezahle.

Verkehrsminister Dr. Buchholz geht davon aus, dass die Bezahlungssystematik im gesamten Landesdienst bekannt sei. Diese müsse gegebenenfalls im Ganzen, in Abstimmung mit der Finanzministerin vor dem Hintergrund der Haushaltslage diskutiert werden. Es sei Kreativität gefragt, wenn beispielsweise über die Fachhochschulen Bauingenieure gezielt für den LBV ausgebildet würden. Im Jahr 2021 würden aus diesem Bereich erstmals zehn ausgebildete Bauingenieure LBV übergehen. Die Einrichtung des entsprechenden Studiengangs sei eine richtige Maßnahme gewesen, um Personal für den LBV zu rekrutieren. Die Herausforderung stelle sich auch anderen Bundesländern und den Kommunen, zumal es derzeit um besonders planungsintensive, langwierige Maßnahmen im Bereich der Straßensanierung gehe.

Herr Paraknewitz bekräftigt, dass der LBV auf allen möglichen Kanälen um Fachkräfte werbe und dabei neue Wege gehe. Er halte es allgemein für notwendig, gut über den Straßenbau zu sprechen, damit junge Leute sich ihm zuwendeten.

### 3. **Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1756](#)

(überwiesen am 22. Januar 2020 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 19/3622](#), [19/3701](#), [19/3730](#), [19/3744](#), [19/3799](#),  
[19/3800](#), [19/3804](#), [19/3812](#), [19/3825](#), [19/3827](#),  
[19/3828](#), [19/3835](#), [19/3836](#), [19/3837](#), [19/3972](#),  
[19/3993](#), [19/4007](#), [19/4011](#), [19/4039](#), [19/4041](#),  
[19/4079](#), [19/4088](#), [19/4153](#), [19/5794](#), [19/5875](#),  
[19/5876](#), [19/5889](#), [19/5890](#), [19/5891](#)

Abg. Dr. Dunckel stellt die Frage, was die Landesregierung für Schlussfolgerungen aus dem Bericht ziehe. - Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die fachliche Diskussion voraussichtlich eher im Sozialausschuss geführt werden könne und das Sozialministerium für den Fall, dass in der heutigen Wirtschaftsausschusssitzung Fragen aufkämen, angeboten habe, diese schriftlich im Nachgang zu beantworten.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD einstimmig abschließend zur Kenntnis.

#### 4. **Home-Office steuerlich berücksichtigen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2327](#)

#### **Mobiles Arbeiten gesetzlich regeln**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2358](#)

(überwiesen am 26. August 2020 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/4486, 19/4516, 19/4518, 19/4523, 19/4629](#)  
(neu), [19/4795, 19/4809, 19/4818, 19/4831](#) (neu),  
[19/4843, 19/4844, 19/4845, 19/4846, 19/4853,](#)  
[19/4856, 19/4857, 19/4858, 19/4860, 19/4861,](#)  
[19/4864, 19/4868, 19/4869, 19/4871, 19/4918,](#)  
[19/6010, 19/6012](#) (neu), [19/6132, 19/6150,](#)  
[19/6170, 19/6181](#)

Jeweils einstimmig schließt sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Finanzausschusses zum Antrag der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/2327](#), sowie zu dem Alternativantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2358](#), an.

**5. Tragfähige Förderstrukturen für die Volkshochschulen schaffen  
- Weiterbildungsgesetz reformieren**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2460](#)

(überwiesen am 19. November 2020 an den **Bildungsausschuss**  
und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/5027](#), [19/5128](#), [19/5176](#), [19/5177](#), [19/5190](#),  
[19/5191](#), [19/5193](#), [19/5207](#), [19/5211](#), [19/5212](#),  
[19/5234](#), [19/5238](#), [19/5252](#), [19/5254](#), [19/5268](#),  
[19/5271](#), [19/6096](#)

Einstimmig schließt sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Bildungsausschusses  
an.

## **6.       Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3234](#)

(überwiesen am 24. September 2021 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Auf Antrag des Abg. Richert beschließt der Ausschuss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörer gegenüber der Geschäftsführung bis zum 31. Oktober 2021 zu benennen.

**7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3249](#)

(überwiesen am 24. September 2021 an den **Wirtschaftsausschuss**  
und den Finanzausschuss)

- Verfahrensfragen -

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die kommunalen Landesverbände kurzfristig um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu bitten.

## 8. Verschiedenes

Antrag Abg. Kai Vogel (SPD)  
Vertrauliche Vorlage, [Umdruck 19/6250](#)

(Hierzu nicht öffentliche und vertrauliche Beratung gemäß Artikel 23 Absatz 3 LVerf i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO)

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss über eine Anfrage der Firma Scandlines, sich im Ausschuss mit dem Plan, ein emissionsfreies Fährschiff auf der Fähre Route Puttgarden-Rödby einzusetzen, zu präsentieren. Er schlägt vor, Scandlines in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Abg. Kilian zweifelt an, ob ein einzelnes Unternehmen auf Anfrage in den Ausschuss eingeladen werden sollte. Er merkt an, dass daneben auch andere Unternehmen sich den Anforderungen Klimakrise stellten. - Der Vorsitzende betont, dass sich der Wirtschaftsausschuss gegenüber den Unternehmen und Schleswig-Holstein stets offen gezeigt habe und die Zahl der Gesprächsanfragen bisher allgemein nicht so hoch sei, dass es eines festgelegten Verfahrens bedurft hätte.

Abg. Harms erklärt, dass es, sinnvoll wäre, weitere Gäste aus dem Bereich des Fährverkehrs und der Hafenvirtschaft einzuladen, wenn der Ausschuss sich des Themas der erneuerbaren Energien im Schiffsverkehr annehme. Er halte es für hochinteressant, die verschiedenen Bedarfe, die es auf verschiedenen Ebenen, insbesondere bei Reedereien, hinsichtlich der Infrastrukturplanungen des Landes gebe, aufzunehmen. Die Firma Scandlines sei dabei sicherlich einer der relevanten Akteure und gegebenenfalls einzuladen. - Abg. Kilian unterstützt die Anregung, die Anfrage zum Anlass für eine größere Gesprächsrunde über Konzepte zum klimagerechten Schifffahrts- und Hafenbetrieb zu nehmen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ein Fachgespräch zum Thema „Klimaneutraler Schiffsverkehr“ ins Auge fasst, und bittet die Fraktionen, der Ausschussgeschäftsführung zeitnah Vorschläge bezüglich der Gesprächsteilnehmenden zukommen zu lassen.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den [Umdruck 19/6250](#) zur Marschbahn sowie [Umdruck 19/6431](#) vertraulich einzustufen und die Inhalte geheim zu halten.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine vertrauliche Beratung über den [Umdruck 19/6250](#) zum Thema Marschbahn von 11:45 bis 11:55 Uhr.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze  
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf  
Geschäfts- und Protokollführerin